

Anhang

Das Manifest Steuerwende

Im Winter 2008/2009 geriet das Schweizer Bankgeheimnis unter beträchtlichen internationalen Beschuss. Die Behörden der USA und Deutschlands nahmen sich der schmutzigen Praxis diverser Banken an und machten die aktive Begünstigung der Steuerhinterziehung zum Thema. Der Bundesrat liess sich wiederholt vor den Karren der UBS-Interessen spannen, während in der Öffentlichkeit eine Diskurs geführt wurde, als würde nun die arme kleine Schweiz von den rücksichtslosen Mächten in die Mangel genommen und ihrer letzten, selbsterarbeiteten ökonomischen Vorteile beraubt. Einige Monate lang wurden schrille Töne angeschlagen, Kritik am Bankgeheimnis in die Nähe des Landesverrats gerückt. Wer sich nicht mit der UBS gegen die Klagen in den USA solidarisierte, wurde beschuldigt, den Finanzplatz Schweiz und damit ›unser Land‹ schwächen zu wollen. Auch Teile der Linken waren von dieser Stimmung erfasst worden.

Im Frühling 2009 begann sich Widerstand zu regen, und im November 2009 lancierte schliesslich eine Initiativgruppe mit Unterstützung der EvB, des Denketzes und von attac das Manifest Steuerwende. Seither haben 7100 Personen aus der ganzen Schweiz und eine Reihe von Organisationen – darunter die SPS, die Grünen Schweiz und diverse Gewerkschaften – das Manifest unterzeichnet.

Das Manifest verbindet eine aussenpolitische Haltung der globalen Solidarität mit einer innenpolitischen Orientierung auf eine sozial gerechte Steuerpolitik. Die Forderung nach einem automatischen Informationsaustausch (AIA) beispielsweise - ein Kernstück des Manifests – verhindert, dass sich die Schweiz weiterhin als Steuerfluchtland für jene anbietet, die sich ihren Steuerpflichten in andern Ländern entziehen. Gleichzeitig hat dieser Informationsaustausch dieselbe Wirkung auch im Inland. Wichtig ist: Der AIA will dies ohne Wenn und Aber verwirklichen – ganz im Gegensatz zur offiziellen Politik, die darauf abzielt, möglichst viele Steuerhinterziehungs-Schlupflöcher zu bewahren.

Der Text des Manifests lautet wie folgt:

Steuergerechtigkeit statt Steuerflucht und Steuerdumping

Eine soziale und ökologische Gesellschaft braucht ein gerechtes

Steuersystem und ausreichende Steuereinnahmen. Wichtige Teile der schweizerischen Steuerpolitik stehen im Widerspruch zu diesem Ziel. Das Schweizer Steuersystem ermöglicht in grossem Stil Steuer-
vermeidung im In- und Ausland. Steuerwettbewerb, Steuerdumping und Steuerschlupflöcher begünstigen Reiche und multinationale Konzerne. Demgegenüber bezahlen KonsumentInnen und Lohn-
empfängerInnen einen wachsenden Teil der Steuereinnahmen. Deshalb wollen wir eine Steuerwende.

Der Schweizer Finanzplatz hat sich auf Steuervermeidung und Steuerhinterziehung spezialisiert. Er zieht weiterhin Steuerflucht-
gelder aus Industrie- und insbesondere aus Entwicklungsländern an, die dort dringend gebraucht werden. Die Finanzlobby verklärt den nationalen und internationalen Steuerwettbewerb als notwen-
dig, fördert damit egoistische Einstellungen und untergräbt die Solidarität. Deshalb wollen wir eine Steuerwende.

Wir streben neue Verfassungsbestimmungen an, die eine gerechte, soziale und nachhaltige Steuerpolitik festschreiben und jede Begünsti-
gung von Steuervermeidung und Steuerhinterziehung im In- und Ausland untersagen.

Aussenpolitisch fordern wir:

- Die Schweiz unterstützt aktiv internationale Initiativen zur Bekämpfung der Steuerflucht von Unternehmen und Individuen;
- sie setzt sich für die angemessene Besteuerung multinationaler Unternehmen und die Lancierung internationaler solidarischer Steuern ein;

Für ein gerechteres Steuersystem in der Schweiz fordern wir:

- die Aufhebung der Unterscheidung zwischen Steuerhinterziehung und Steuerbetrug; einen automatischen Informationsaustausch mit allen Steuerbehörden demokratischer Rechtsstaaten;
- eine Stärkung von Steuerformen, die zur Umverteilung beitragen, wie Kapitalgewinnsteuern, Erbschaftssteuern und progressive Steuern;
- das Abschaffen stossender Steuerprivilegien für Holding-, Domizil- und Verwaltungsgesellschaften sowie der Pauschalbesteuerung;
- ein vereinfachtes Steuerrecht und mehr Transparenz;
- eine Harmonisierung der kantonalen Einkommens-, Vermögens- und Unternehmenssteuern;
- die verfassungsmässig geforderte Besteuerung nach wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit umzusetzen.

www.steuerwende.ch